SITZUNGSVORLAGE

öffentlich

Amt/Aktenzeichen/Diktatzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragvermerk)
FB 2 - Zentrale Dienste und Finanzen 2.3/20-212/47	10.11.2017	2017-101

⇓ Beratungsfolge	⇓ Sitzungstermin	⇓ Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthaltung
Fraktion				
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus	23.11.2017			
Verwaltungsausschuss	29.11.2017			
Gemeinderat	07.12.2017			

Betreff:

Haushaltssatzung und -plan 2018 und Bildung einer Rückstellung für das Haushaltsjahr 2017

Schilderung der Sach- und Rechtslage:

Der Entwurf der Haushaltsplanung 2018 wurde dem Rat bereits am 02.11.2017 in nicht öffentlicher Sitzung vorgestellt und erläutert.

Nach dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf kann ein Haushaltsausgleich im Jahr 2018 erreicht werden.

Im Ergebnishaushalt werden insgesamt Erträge in Höhe von 20.545.400 Euro erwartet. Dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 20.538.600 Euro. Es ergibt sich somit ein Überschuss in Höhe von 6.800 Euro. Auch in den Folgejahren ergeben sich Überschüsse. Der Haushaltsausgleich 2018 konnte durch Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen erreicht werden, welche in einem Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“, bestehend aus Teilnehmern der Verwaltung und der Politik, beschlossen wurden. Der Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ hat am 09.11. und 10.11.2017 über die Haushaltslage beraten und zahlreiche Lösungsvorschläge erarbeitet. Diese Vorschläge wurden in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen und soweit möglich, bereits im Haushaltsplan 2018 berücksichtigt. Das Haushaltssicherungskonzept ist als Anlage 11 beigefügt.

Im Finanzhaushalt werden insgesamt Einzahlungen für Investitionstätigkeit in Höhe von 1.183.000 Euro erwarten. Dem gegenüber stehen Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Höhe von 3.907.800 Euro. Die geplanten Investitionen müssen, wie auch im Vorjahr, über Kredite finanziert werden. Hierfür ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 2.724.800 Euro eingeplant.

Die Haushaltssatzung enthält mit den eingeplanten Krediten in Höhe von 2.724.800 Euro und den eingeplanten Liquiditätskrediten in Höhe von 5.000.000 Euro genehmigungspflichtige Teile.

Die Gemeinde Friedeburg muss in 2018 hohe Belastungen aus dem Finanzausgleich aufbringen, welche aus den Einnahmen der Vorjahre basieren. Für die zu leistenden Mehraufwendungen 2017 für Finanzausgleichsleistungen, ist im Jahr 2018 eine Rückstellung in

Höhe von 290.000 Euro zu bilden. Hierbei handelt es sich um eine außerplanmäßige Aufwendung im Haushaltsjahr 2017, die vom Rat zu genehmigen ist.

Es ist auch weiterhin Aufgabe der Verwaltung sämtliche Aufwendungen und Auszahlungen auf ihre sachliche und zeitliche Notwendigkeit zu prüfen mit dem Ziel die Haushaltslage stetig zu verbessern und die Kreditermächtigungen gering zu halten, um einen genehmigungsfähigen Plan zu beschließen.

Im Stellenplan des Vorjahres waren befristete Stellen nicht aufgeführt, jedoch werden diese im Stellenplan 2018 zur Vervollständigung ausgewiesen. Gemäß § 5 Abs. 1 S.1 KomHKVO weist der Stellenplan die erforderlichen Stellen der Beamtinnen und Beamten (Planstellen) und der weiteren nicht nur vorübergehend Beschäftigten (andere Stellen) aus. Im Stellenplan 2018 werden erstmals alle Stellen ausgewiesen, die nicht nur vorübergehend bei der Gemeinde Friedeburg beschäftigt sind, sondern für die eine dauerhafte Notwendigkeit der Stelle absehbar ist. Es wird also nicht mehr auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses sondern auf die Dauerhaftigkeit der Stelle abgestellt.

Aufgrund einer gesetzlichen Änderung hat die Gemeinde Friedeburg zu definieren, ab welcher Grenze investive Maßnahmen als finanztechnisch erheblich i.S.d. § 12 KomHKVO gelten.

Der § 12 KomHKVO regelt in Abs. 1 Satz 1 folgendes:

„Bevor Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung oberhalb einer von der Kommune festgelegten Wertgrenze beschlossen werden, soll durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten die für die Kommune wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden.“

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Wertgrenze, von der an Investitionen als von erheblicher Bedeutung anzusehen sind, auf 200.000 Euro festzulegen.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -
ODER

1	2	3
Gesamtkosten	Jährliche Folgekosten	Objektbezogene Einnahmen

Haushaltsmittel

- stehen nicht zur Verfügung
- stehen bei dem Produktkonto mit EUR zur Verfügung

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Aufwendung zur Bildung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 290.000 Euro zu.
2. Der Rat beschließt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018.

3. Der Rat beschließt das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Friedeburg zum Haushaltsplan 2018.
4. Der Rat beschließt eine Wertgrenze von 200.000 Euro für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 KomHKVO.

Goetz

Anlagenverzeichnis: